

Zur sofortigen Veröffentlichung bestimmt

Medienmitteilung

Kanton Waadt

AI fordert Moratorium für Rückschaffungen

Lausanne/Bern, 7. September 2004. Amnesty International ist empört über die zunehmende Verschärfung im Asylbereich, sowohl in bezug auf die laufende Asylgesetzrevision, als auch im Bereich der Rückschaffungen. Die Menschenrechtsorganisation hat heute Dienstag anlässlich einer Pressekonferenz in Lausanne gefordert, dass unverzüglich ein Moratorium von sechs Monaten für Rückschaffungen von abgewiesenen Asylsuchenden aus dem Kanton Waadt erlassen wird. Die Menschenrechtsorganisation wehrt sich nicht grundsätzlich gegen die Rückführung abgewiesener Asylsuchender. Sie fordert aber mit Nachdruck, dass Rückführungen in Sicherheit und Würde geschehen und das «Non-Refoulement»-Prinzip seriös geprüft wird.

Auch wenn der Entscheid über Rückführungen beim Bund liege, seien die für die Ausführung verantwortlichen Kantone ebenfalls an das «Non-Refoulement»-Prinzip gebunden, hält Amnesty International (AI) fest. Ein Moratorium könnte verhindern, dass es erneut zu derart gravierenden Fehlleistungen kommt wie im Fall eines abgewiesenen Asylsuchenden aus Myanmar. Der junge Mann wurde im April unter Zwang aus dem Kanton Bern nach Myanmar zurück geschafft und dort direkt den Behörden übergeben. Er wurde ins Gefängnis geworfen und wegen seiner politischen Aktivitäten zu 19 Jahren Haft verurteilt. Dieser Fall zeigt, dass die Bundesbehörden sich irren können.

AI konnte in mehreren anderen Fällen ähnliche Fehler verhindern, indem die Behörden auf Risiken aufmerksam gemacht wurden, mit denen eine Rückschaffung verbunden gewesen wäre. Die Schweizer Sektion der Menschenrechtsorganisation ist äusserst besorgt darüber, dass auf der Liste der Personen, die vom Rückführungsentscheid im Kanton Waadt betroffen sind, auch **Staatsangehörige aus Myanmar, der Demokratischen Republik Kongo, Afghanistan, dem Irak, Syrien, Palästina und Kuba** zu finden sind. Die betroffenen Menschen aus Syrien sind zudem Kurden. Amnesty International warnt die Behörden ausdrücklich vor der Gefahr der Verhaftung, der diese Menschen bei einer Rückkehr ausgesetzt sind. Unsere Organisation hat Kenntnis von mindestens 17 Personen, die in den letzten drei Jahre bei ihrer freiwilligen oder unfreiwilligen Rückkehr verhaftet worden sind.

Um ähnliche Fälle wie denjenigen des jungen Mannes aus Myanmar zu verhindern, müssen die Behörden die Menschenrechtssituation in den Herkunftsländern gebührend berücksichtigen. Die Berichte von Amnesty International zum Beispiel legen regelmässig und detailliert Rechenschaft ab über die Menschenrechtssituation in über 150 Ländern der Welt.

Das Beispiel der vor wenigen Tagen in die Türkei zurückgekehrten kurdischen Familie zeigt mit aller Deutlichkeit, dass bei den Voraussetzungen für eine Rückkehr in Sicherheit und Würde noch immer grosse Lücken bestehen. Der Vater der Familie wurde auf dem Flughafen festgenommen und später, nach eigenen Angaben, beim Verlassen des Flughafens gekidnappt.

Eine individuelle Überwachung der Rückkehr, zum Beispiel durch Verbindungspersonen der Internationalen Organisation für Migration (IOM), muss systematisch organisiert werden.

AI hat ein Gutachten zur **Rückkehr von alleinstehenden Frauen in den Kosovo** erstellt und festgestellt, dass in mehreren Fällen die in den Entscheiden der Behörden erwähnten Empfangsstellen nicht existierten. Eine vor Ort durchgeführte Untersuchung der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH) hat ergeben, dass die Personen, die die abgewiesenen Asylsuchenden in Empfang nehmen sollten, dazu absolut nicht in der Lage waren – angesichts der extremen Unsicherheit, in der sie selbst lebten.

Amnesty International ist eine weltweite Bewegung, die für die Förderung und Verteidigung der fundamentalen Menschenrechte arbeitet. Unabhängig und unparteilich, zielen ihre Aktionen auf schnellste und wirksame Hilfe für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen.

Die Aktivitäten der Organisation sind nur durch ihre Mitglieder und mit privaten Spenden finanziert.

Friedensnobelpreis 1977

Amnesty International est une organisation mondiale, oeuvrant à la promotion et à la défense des droits humains fondamentaux. Indépendante et impartiale, Amnesty International fonde son action sur la rapidité et l'efficacité de l'aide aux victimes des violations des droits de la personne.

Ses activités sont financées par ses seuls membres et par des dons privés.

Prix Nobel de la Paix 1977

AI fordert deshalb, dass in jedem einzelnen Fall abgeklärt wird, ob die von den Behörden angestrebten Empfangsmöglichkeiten auch wirklich bestehen.

Obwohl sich die Situation in der Region von Srebrenica in den letzten zwei Jahren stark entwickelt hat, entspricht eine Rückkehr in diese Region derjenigen einer traumatisierten Person in eine zerstörte Region mit einer feindlich eingestellten Bevölkerung. Die Häuser der betroffenen Personen wurden vollständig zerstört und eine Integration in den bestehenden Arbeitsmarkt ist undenkbar. Alles muss wieder aufgebaut werden. Eine derartige Rückkehr muss gewissenhaft vorbereitet werden. Sowohl betroffene Personen wie auch Organisationen müssen einbezogen werden. Der Wiederaufbau der Häuser kann unter keinen Umständen vor dem nächsten Frühjahr begonnen werden. Auch landwirtschaftliche Arbeit kann erst im Frühjahr aufgenommen werden. Zurückgekehrte Personen müssten den Winter in provisorischen Unterkünften, beispielsweise in Kollektivunterkünften, verbringen und auf das Frühjahr warten. Eine Rückkehr zum jetzigen Zeitpunkt wäre der beste Zeitpunkt, um Menschen vollständig zu entmutigen, die ohnehin schon stark geschwächt sind.

Unter diesen Bedingungen ist es zwingend, dass die Frist für die Ausreise der Überlebenden von Srebrenica, so sie denn bestätigt werden muss, auf das Frühjahr 2005 verschoben wird.

Bei der Durchsicht von 40 Fällen hat **AI wichtige Lücken bei der Behandlung der Dossiers** gemäss den Kriterien des Zirkulars Metzler durch das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) festgestellt. Grundlegende Prinzipien des Administrativrechts, wie das Recht auf Anhörung, das Prinzip der Gleichbehandlung, aber auch das Proportionalitätsprinzip wurden in zahlreichen Fällen verletzt. **AI wird den Behörden eine Liste von Dossiers vorlegen und von den Behörden des Bundes und des Kantons eine erneute Prüfung verlangen.**

Aufgrund der erwähnten Gründe und um die vorgeschlagenen Massnahmen umzusetzen fordert Amnesty International ein sofortiges Moratorium von sechs Monaten für alle Fälle von Rückkehrentscheiden im Kanton Waadt.

Ende der Medienmitteilung

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die Medienstelle der Schweizer Sektion von Amnesty International: Tel. 031 307 22 22 oder 079 379 80 37, presse@amnesty.ch.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.amnesty.ch, www.news.amnesty.org und www.amnesty.org.